

Die KurdInnen – Ein Volk ohne Staat

Angela Maria Vasiljevic

Dieses Informationsblatt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es soll lediglich Aufschluss über den geschichtlichen Hintergrund des kurdischen Volkes geben, um die aktuelle Situation in den kurdischen Gebieten und den Konflikt zwischen der PKK und der türkischen Regierung besser beurteilen zu können.

Die sog. Kurdenfrage steht seit den letzten Jahren erneut im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Besonders der erfolgreiche Kampf der kurdischen Milizen aus dem Irak und Syrien gegen den „Islamischen Staat“ (IS) verschaffte den KurdInnen einen regionalen Aufstieg, wodurch sie als wichtiger strategischer Akteur im Kampf gegen den IS angesehen werden. Allerdings hat dies auch zu weiteren Konflikten in der Region geführt.

Die **Türkei** fühlt sich von dem Aufstieg der KurdInnen bedroht und versucht vor allem die Entstehung eines kurdischen Staates zu verhindern. Dies ist wohl der Hauptgrund, warum der 2013 begonnene Friedensprozess mit der PKK im Juli/August 2015 abgebrochen wurde. Seitdem geht Ankara erneut mit massiven militärischen Mitteln gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK vor.

In **Syrien** wird der Konflikt von den KurdInnen genutzt, um einen unabhängigen Staat im Nordosten des Landes zu errichten. Am 17. März 2016 rief eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und turkmenischen Delegierten die Region „Rojava“ als Autonomiegebiet aus. Weder die USA, Russland, noch das Assad-Regime und die syrische Opposition unterstützen die Autonomiebestrebungen. Maßgebliche Kraft in der Region ist die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD), Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die Türkei hatte den KurdInnen wiederholt gedroht, dass sie einen KurdInnenstaat in Syrien nicht dulden werde.¹

Die Entwicklung im **Irak** ist von besonderer Bedeutung. Seit dem Sturz des Saddam-Regimes sind die KurdInnen an der irakischen Regierungskoalition beteiligt. Die Region Irakisch-Kurdistan wird von den KurdInnen selbst verwaltet und von kurdischen Truppen gesichert. Die Etablierung einer autonomen KurdInnenregion im Irak hat die Wunschvorstellung eines vereinigten Kurdistans auch in anderen kurdischen Gebieten der Nachbarstaaten hervorgerufen.

Im **Iran** kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen SchiitInnen und sunnitischen KurdInnen. Obwohl die „Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ (PJAK) im September 2011 einen Waffenstillstand verkündete, erklärte die Armee im Juni 2014, sie hätte zwei „Terroristen“ der PJAK getötet. Doch im Gegensatz zum Irak, Türkei und Syrien erscheint die Lage der KurdInnen im Iran aussichtsreicher.²

Der KurdInnenkonflikt ist ein Produkt eines langen historischen Prozesses. Sein Ursprung lässt sich wesentlich auf den Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem ersten Weltkrieg zurückführen. Die KurdInnen zählten damals zu den VerliererInnen und erhielten keine Eigenstaatlichkeit für ihr Siedlungsgebiet und kämpften seitdem für mehr Rechte und Autonomie in allen vier Staaten.

¹ <http://www.tagesschau.de/ausland/kurden-in-syrien-101.html>

² <http://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-und-der-kurden-konflikt-die-gesichter-kurdistans/12123358.html>

Hintergrund des KurdInnenkonflikts

Allgemeine Daten zum kurdischen Volk

Die KurdInnen sind neben den AraberInnen, PerserInnen und ArmenierInnen eines der ältesten Völker der Region. Das Land der KurdInnen, Kurdistan, ist kein Nationalstaat, sondern ein geschlossenes, mehrheitlich von KurdInnen bewohntes Siedlungsgebiet, das bis 1920 zum Osmanischen Reich gehörte. 1923 wurde es durch den Vertrag von Lausanne auf die Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran aufgeteilt, wobei der Großteil der Türkei zugeteilt wurde. Kurdistan erstreckt sich auf über 450.000 km², das von den Siedlungsgebieten der PerserInnen, AserbaidschanerInnen, AraberInnen und TürkinInnen umgeben ist. Das Gebiet ist eines der gebirgigsten und wasserreichsten Regionen des Mittleren Ostens. Die Zahl der KurdInnen wird auf 30 bis 35 Millionen geschätzt. Über 16 Millionen KurdInnen leben innerhalb der Grenzen der Türkei, über 7 Mio. in Iran, 4,5 Mio. in Irak, 1,5 Mio. in Syrien und über eine Million lebt in Europa. Das kurdische Volk ist nach den AraberInnen, PerserInnen und TürkinInnen das viertgrößte Volk im Nahen und Mittleren Osten. Die kurdische Sprache gehört zum iranischen Zweig der indo-europäischen Sprachgruppe und umfasst mehrere Dialekte wie Kurmanci, Sorani und Zazaki. Kurmanci wird in der Türkei, in Syrien, im Libanon, in den nördlichen Landesteilen von Iran und Irak, sowie in kleineren Teilen Azarbeidjans, Armeniens und Georgiens gesprochen. Sorani wird hauptsächlich im Iran und Irak und Sorani ausschließlich in der Türkei gesprochen. Bis heute gibt es keine gemeinsame kurdische Hoch- und Schriftsprache, sondern die Sprachen werden in unterschiedlichen Schriften geschrieben. So benutzen die KurdInnen im Irak und Syrien das arabische Alphabet, im Iran das persische und in der Türkei seit 1930 das lateinische Alphabet. In den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion benutzen SprecherInnen des Kurmanci das kyrillische Alphabet.³

Die große Mehrheit der KurdInnen bekennt sich heute zum sunnitischen Islam. Im Iran und Irak gibt es auch schiitische KurdInnen und insbesondere in der Region, in der die Grenzen der Türkei, Irans und Iraks zusammentreffen und in Armenien gibt es yezidisch-kurdische Gemeinschaften. Das kurdische Volk lebt bis heute in regionalen Strukturen, in denen Clan- und Stammesbindungen eine enorme Bedeutung haben. Die staatliche, sprachliche, religiöse und kulturelle Zerspaltung der KurdInnen sowie starke Stammestraktionen haben so die Entstehung eines Nationalbewusstseins verhindert.



Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/185907/der-kurdenkonflikt?type=galerie&show=image&i=187987>

³ Özdemir, A.Kadir (2006): Die Kurden – Ein Volk in drei Nationen: Die Geschichte und Entwicklung des Kurdenkonfliktes. Tectum Verlag. Marburg. S.18.

Die KurdInnen im Mittelalter

In der Geschichtsschreibung wird die ethnische Gruppe der KurdInnen erstmals im Zusammenhang mit den HurriterInnen (3.000 bis 2.000 v.Chr.) erwähnt. Die Vorfahren des kurdischen Volkes, die HurriterInnen und MederInnen, ließen sich östlich des Zagros -Gebirge nieder und bildeten verschiedene Reiche. Der Zoroastrismus veränderte in der Zeit von 700 bis 550 v.Chr. das Denken des kurdischen Volkes. Der Zoroastrismus verkörperte eine Lebensanschauung, die von der Feldarbeit geprägt war, in der Frauen und Männer gleichgestellt waren, Tierliebe eine herausragende Stellung einnahm und Freiheit ein hohes Gut darstellte.

Mit der Entstehung des persischen Sassaniden-Reichs im 3. Jahrhundert n.Chr. wird angenommen, dass sich die feudalen kurdischen Strukturen herausbildeten. Mit dem Zusammenbruch des Sassaniden-Reichs im 7. Jahrhundert bildete sich die islamische Herrschaft heraus, die eine kurdische feudale Aristokratie schuf, die unter starkem arabischen Einfluss stand. Unter der islamischen Herrschaft gründeten die KurdInnen zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert mehrere Staaten wie Schaddadiden, Marwaniden und Ayyubiden. Die Herrschaft der Ayyubiden (1175 bis 1250 n.Chr.) wurde zu einer der mächtigsten Dynastien im Mittleren Osten und erstreckte sich über Ägypten, Syrien, Teile Mesopotamiens und Jemen.⁴

Die KurdInnen im Osmanischen Reich bis zum 20. Jahrhundert

Anfang des 14. Jahrhunderts gründete Osman, ein Herrscher der Seldschuken, das osmanische Reich, in welchem die KurdInnen weitgehende Autonomie und Selbständigkeit genossen. Mit der Gründung der schiitisch-safawidischen Dynastie gingen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen dieser und dem Osmanischen Reich um die kurdische Bevölkerung einher. Die Safawiden waren eine Fürstendynastie, die von 1501 – 1722 in Persien regierte und den schiitischen Islam als Staatsreligion etablierte. Die strenge Politik der Safawiden gegen die kurdischen Fürsten trieb die kurdischen Stämme in die Arme der Osmanen, sodass diese zum osmanischen Sieg beitrugen. Die Osmanen genehmigten die Gründung von 16 kurdischen Fürstentümern („Hukumate Kurd“), die autonom verwaltet wurden und im Gegenzug Tribute an die Osmanen zahlten. Von der Mitte des 16. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten die kurdischen Fürstentümer so die Grenze zwischen Osmanen und Persern. Im Jahr 1639 wurde das kurdische Siedlungsgebiet durch den Vertrag von Qasr-i Schirin zwischen dem Osmanischen und dem persischen Safawiden-Reich aufgeteilt.

Das 19. Jahrhundert brachte für die KurdInnen im Osmanischen Reich große Veränderungen. Ab 1800 bis zum Niedergang des Osmanischen Reiches gab es mehrere Aufstände der kurdischen Bevölkerung, da die osmanischen Herrscher ein neues Staatswesen schaffen wollten. Ziel war die Zentralisierung des Regierungsapparates nach französischem Vorbild, um somit lokale Machtpositionen zu beseitigen. Die kurdischen Fürsten wurden mit militärischer Gewalt beseitigt, und ab der Mitte des 19. Jahrhunderts regierten in Kurdistan osmanische Gouverneure.⁵

Mit der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg ging auch die Zersplitterung des kurdischen Siedlungsgebietes einher. Am 10. August 1920 unterzeichneten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges den Vertrag von Sèvres. In diesem Vertrag wurde auch die Kurdenfrage in den Artikeln 62-64 behandelt. Den KurdInnen wurde unter vielen Bedingungen ein unabhängiger Staat in Aussicht gestellt. Die östlichen Provinzen des Osmanischen Reiches sollten in ein armenisches und ein kurdisches Gebiet aufgeteilt werden. In dem Gebiet der heutigen Türkei bildete sich eine nationalistische Massenbewegung unter der Herrschaft

⁴ Jahn, Egbert (2012): Auf dem Weg zu zwei, drei, vier Kurdistans? In: Politische Streitfragen. Band 3. Internationale Politik. S.178-179.

⁵ Aziz, Namo (1992): Kurdistan. Menschen, Geschichte, Kultur. DA Verlag Das Andere GmbH. Nürnberg. S.124.

Mustafa Kemals gegen die Besatzung der Alliierten. Mit der Herrschaft Kemals wurde der Vertrag von Sèvres bedeutungslos, da die Kemalisten immer mehr an Zustimmung gewonnen hatten, eine Regierung in Ankara etabliert und durch den Sieg über die Griechen die Kontrolle über weite Teile Anatoliens gewonnen hatten. Im Oktober 1922 gingen die Alliierten und die Türkei einen Kompromiss ein. Am 24. Juli 1923 wurde der Vertrag von Lausanne unterzeichnet. Der Vertrag beinhaltete die Anerkennung der Türkei als unabhängigen Staat und die Teilung des kurdischen Territoriums in die vier Gebiete der Türkei, Iraks, Irans und Syriens. Von der Möglichkeit der Eigenstaatlichkeit der KurdInnen war im Lausanner Vertrag keine Rede mehr. Nach der Unterzeichnung des Lausanner Vertrags sollte aus der multi-ethnischen eine türkische Gesellschaft werden. Alle existierenden Minderheiten wurden assimiliert oder bekämpft.⁶ Die Existenz der KurdInnen wurde seitdem geleugnet und die Ausübung der kurdischen Sprache und Kultur verboten. Auch die persischen und arabischen Staaten verfolgten mit repressiven Mitteln eine systematische Politik der Assimilation, die die kurdische Kultur als subversiv erklärte und ihr jede Legitimation absprach. Somit sind die KurdInnen seit fast 100 Jahren im Kampf um Autonomie und um ein eigenes Siedlungsgebiet.⁷

Irakisch-Kurdistan

Mit der Niederlage des Osmanischen Reiches übertrug der Völkerbund Großbritannien das Mandat über den Irak und Mossul. Gemeinsam mit der irakischen Regierung des Königs Faisal veröffentlichte Großbritannien eine Erklärung am 24. Dezember 1922, in der das Recht auf Bildung einer autonomen kurdischen Regierung innerhalb der Grenzen des Irak anerkannt wurde. Mit dieser Erklärung sollte der Einschluss Mossuls in die Grenzen des Irak festgeschrieben und somit der britische Einfluss auf das Ölvorkommen von Mossul sichergestellt werden. Im Juni 1930 wurde das britische Mandat durch einen neuen britisch-irakischen Vertrag beendet. Das Abkommen beinhaltete die Unabhängigkeit des Königreichs Irak, jedoch fand das kurdische Volk darin keine Erwähnung. Trotz der Unabhängigkeit des Iraks behielten die Briten die Kontrolle über Landesverteidigung und die Wirtschaft.

Immer wieder gab es Aufstände seitens der kurdischen Bevölkerung unter der Führung Mahmud Barzanis, die den Völkerbund an ihr Versprechen erinnerten, eine eigenständige kurdische Verwaltung zu ermöglichen. Am 8. Juli 1937 wurde von der Türkei, Persien und dem Irak der Vertrag von Saadbad unterzeichnet, der sich gegen die Bildung bewaffneter Organisationen, also gegen die kurdischen Aufstände, richtete.

Mit dem Zusammenbruch der irakischen Monarchie 1958 nach dem Militärputsch durch Abdul Karim Kassem ging eine Revolution einher. Kassem fand breite Unterstützung der Opposition bis hin zur „Kurdischen Demokratischen Partei“ (KDP). In der neuen Verfassung wurden die demokratischen Freiheiten und Rechte wieder hergestellt. Es heißt dort:

„Die irakische Gesellschaft gründet auf der weitestmöglichen Zusammenarbeit ihrer Bürger, auf der Respektierung ihrer Rechte und ihrer Freiheiten. Dieser Nation gehören Araber und Kurden an, die Verfassung garantiert ihre nationalen Rechte im Rahmen des irakischen Gemeinwesens.“⁸

Zum ersten Mal wurden die nationalen Rechte und Freiheiten der kurdischen Bevölkerung von einem Staat anerkannt, welche die KurdInnen aber nicht lange genießen konnten. 1960 nahm Kassem einen Kurswechsel vor. Die Freiheiten, die er den KurdInnen zuvor noch zugesagt hatte, wurden Schritt für Schritt wieder zunichte gemacht. Im Norden forderten die KurdInnen unter der Führung von Mustafa Barzani eine autonome Region, sodass Aufstände die Folge waren.

⁶ Monitoring-Projekt (2007): Der türkisch-kurdische Konflikt. Kooperation für den Frieden.

⁷ Jahn, Egbert (2012): Auf dem Weg zu zwei, drei, vier Kurdistans? In: Politische Streitfragen. Band 3. Internationale Politik. S.183-185.

⁸ Ismet Sherif Vanly (1984): Kurdistan im Irak. In: Gérard Chaliland (Hrsg.). Kurdistan und die Kurden. Gesellschaft für bedrohte Völker. Göttingen.

Mustafa Barzani wurde zum umstrittenen Führer der kurdischen Nationalbewegung im Irak. Kassem ließ einige Führungsmitglieder der KDP verhaften, und zahlreiche kurdische Zeitungen wurden geschlossen.

1961 wurden kurdische Orte, insbesondere Barzan, aus der Luft bombardiert, sodass sich unmittelbar danach die Verteidigung des kurdischen Volkes organisierte. Bei der 1961 begonnenen Revolution handelte es sich um eine Bewegung, welche lediglich eine Autonomie des irakischen Kurdistan im Rahmen der neuen Republik anstrebte. Die Anzahl der revolutionären KurdInnen wuchs kontinuierlich an und es wurden immer größere Gebiete von ihr kontrolliert. 1963 wurde Kassem gestürzt und es entwickelte sich mit der Zeit eine kurdische Verwaltung. Schon 1964 wurden eine Verfassung und mehrere Gesetze erlassen, die die Grundlage für die Etablierung einer eigenen Verwaltung bildeten. Mit der Machtergreifung Abdul Salam Arefs wurden die Kriege in Kurdistan fortgeführt. Nachdem A.S. Aref ums Leben kam, wurde sein Bruder Abdul Rahman Aref zu seinem Nachfolger. Auch er führte den Krieg in Kurdistan weiter bis zum 15. Juni 1966.

Im Juli 1968 erfolgte ein Militärputsch der Baath-Partei, womit Hassan al-Bakr zum Präsident wurde. Es begann der vierte Kurdistankrieg. Al-Bakr schickte einen Vermittler, der Verhandlungen mit General Barzani begann, die zu einem Abkommen am 11. März 1970 führten. Das Abkommen versprach den KurdInnen die Anerkennung ihrer Nation, die kurdische Teilhabe an Regierung und Verwaltung, und es sollten wichtige Posten an sie vergeben werden. Bagdad hielt sich jedoch nicht an die gemachten Zugeständnisse, indem es die Bestimmung, welche die Selbstverwaltung der KurdInnen betraf, ignorierte. Nachdem Hussein 1971 zum Leiter der Verhandlungen mit den KurdInnen geworden war, kam es zu mehreren Anschlägen auf Barzani und andere kurdische Führer.

Infolge des Abschlusses des Freundschaftsvertrages zwischen dem Irak und der Sowjetunion und der Verstaatlichung der Ölindustrie schritt die US-amerikanische Regierung ein und sah in den KurdInnen ein Mittel, den Irak zu destabilisieren. Die KurdInnen wiederum erhofften sich mit den USA einen starken Verbündeten zu haben. Barzani forderte eine Selbstverwaltung in allen mehrheitlich von KurdInnen bewohnten Gebieten, einschließlich der Ölregion Kirkuk. Da dies für Bagdad nicht diskutabel war, antwortete Bagdad mit einem Autonomiegesetz von 1974, welches aber auf Ablehnung in der kurdischen Bevölkerung stieß, da es zahlreiche Einschränkungen enthielt. Im März 1974 brachen daraufhin weitere offene Kämpfe aus, bei denen über 100.000 KurdInnen in den Iran flohen.

Die Niederlage im März 1975 bedeutete eine starke Schwächung der KDP, woraus sich die Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter der Führung Talabanis gründen konnte, die aus der Vereinigung zweier Gruppen mit marxistisch-leninistischer Programmatik resultierte.

Während des ersten Golfkrieges zwischen dem Iran und dem Irak 1980-1988 unterstützten die irakischen KurdInnen den Iran, worauf Bagdad mit brutaler Gewalt antwortete. Iranische Truppen und PUK-Kräfte besetzten die Stadt Halabdscha 1988. Saddam Hussein reagierte mit Giftgasattacken, bei denen mehr als 5.000 Menschen ihr Leben verloren. Auch in anderen Teilen Nord-Iraks wurde die Operation „Anfal“ durchgeführt, in deren Verlauf 75% der gesamten Dörfer und Gemeinden zerstört wurden. Der Großteil der kurdischen Bevölkerung wurde in riesige Umsiedlungslager deportiert. Diejenigen, die den Angriffen entkamen, flüchteten in den Iran und die Türkei. Die *Anfal*-Operationen sind von der Organisation *Human Rights Watch* als Genozid eingestuft worden.⁹

Eine zentrale Bedeutung im Kampf um die Autonomiezone im Nordirak nahm der Kuwait-Krieg 1991 ein. Mit der Invasion der USA in den Irak wurden die irakischen Truppen vertrieben und es wurde eine Flugverbotszone unter der Überwachung der westlichen Aliierten eingerichtet, was dem Aufbau einer unabhängigen kurdischen Verwaltungszone zu Gute kam. Die KurdInnen

⁹ M.Strohmeier, (2000): Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H. Beck. München. S.133.

erreichten 1991 schlussendlich ihr Ziel einer autonomen Region Kurdistan. Die Region Kurdistan umfasst die drei Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniya und Teile der Provinzen Nainawa, Salah ad-Din, Kirkuk und Diyala. Jedoch ging mit der Autonomie ein Bürgerkrieg zwischen den beiden dominierenden Parteien einher, der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) unter dem Vorsitz von Massud Barzani und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), die sich 1975 als urbanere, politisch weiter links eingeordnete Partei von der KDP abgespalten hatte und von Jalal Talabani geführt wurde, der von 1994 bis 1998 andauerte.

Erst auf amerikanischen Druck hin, schlossen die beiden Parteien einen Waffenstillstand und teilten die kurdische Region auf. Die KDP kontrolliert seitdem den nördlichen Teil der autonomen Zone mit der Hauptstadt Erbil, während die PUK den Südosten mit dem Zentrum Sulaimaniya beherrscht. Die beiden KurdInnenparteien nutzten seit 2003 die erneute Invasion der USA und Großbritanniens als Gelegenheit, um ihr politisches System in Irakisch-Kurdistan voranzutreiben. Die Parteien PUK und KDP herrschen gänzlich autoritär über die kontrollierten Regionen, und sie sind durch Wahlen legitimiert, wobei auch Oppositionsparteien zugelassen sind. Die KDP und die PUK profitierten zwischen 2003 und 2008 von ihrem Bündnis mit den USA, währenddessen sie sich als wichtigster irakischer Verbündeter der USA etablierten. Die US-Administration belohnte Barzani und Talabani, indem sie deren Föderalismuskonzept für den Irak im Verfassungsprozess und auch die kurdische Politik unterstützte.

Ab 2008 änderte die amerikanische Regierung ihre Vorgehensweise, da der von KurdInnen angestrebte Anspruch nach dem umstrittenen ölfreien Gebiet von Kirkuk neben der Frage der Verteilung von Öl- und Gasressourcen zu Auseinandersetzungen mit der Regierung Bagdads führte. Um eine weitere Eskalation zwischen der KDP und der Regierung Bagdads zu vermeiden, drang die US-amerikanische Regierung darauf, dass die KDP ihre Ziele ausschließlich in Verhandlungen mit der Regierung Bagdads verfolgte.

Die Stadt Kirkuk ist insbesondere von strategischer Bedeutung, da sich auf ihrem Territorium ein riesiges Ölfeld befindet. Die Annexion Kirkuks und somit der Anspruch auf das Ölfeld würde den KurdInnen die Möglichkeit bieten, einen unabhängigen eigenen Staat zu gründen, weshalb die Regierung Bagdads dies zu verhindern sucht. Im Oktober 2008 wurde die irakische Armee in das Gebiet entsandt, um die Ölinfrastruktur zu schützen und Aufständische zu bekämpfen. Seit Herbst 2008 stehen sich kurdische und irakische Einheiten in Kirkuk gegenüber. Im Bereich der Öl- und Gaspolitik wollen die KurdInnen eine möglichst eigenständige Politik betreiben und ihren Anteil an den irakischen Einnahmen aus dem Energieexport sichern. Durch die Kontrolle über Öl- und Gasfelder erhoffen sie sich eine vom Irak unabhängige Einkommensquelle. Die kurdische Regierung verabschiedete im August 2007 ein kurdisches Öl- und Gasgesetz, welches der kurdischen Autonomieregierung erlaubt, unabhängig von der irakischen Zentralregierung Abkommen über die Exploration und Produktion in den kurdischen Gebieten zu schließen. Außerdem soll die irakische Ölgesetzgebung dort nur wirksam werden, wenn die KurdInnenregierung dem zustimmt. Die KDP schloss daraufhin 40 Verträge über Exploration, Entwicklung und Produktion von Öl und Gas auf den kurdischen Feldern mit internationalen Ölfirmen. Solange aber kein nationales Ölgesetz vorliegt und der Streit zwischen der Regierung Bagdads und der KDP anhält, agieren ausländische Energiefirmen in Irakisch-Kurdistan in einer rechtlichen Grauzone. Der Konflikt über die Bezahlung ausländischer Firmen führte 2009 schließlich dazu, dass Erbil den Ölexport stoppte.

Auch könnte der Streit zwischen der KDP und der irakischen Regierung hinsichtlich des Projektes der Nabucco-Erdgasleitung weiter aufflammen. Über die Pipeline will die Türkei Erdgas aus Zentralasien, der Kaukasusregion und dem Mittleren Osten nach Europa transportieren. Erbils Interesse würde darin bestehen, das Gas über ein noch zu errichtendes eigenes Pipelinesystem in die Türkei zu exportieren, wo es dann in die Nabucco geleitet würde. Noch ist aber nicht abzusehen, ob die Türkei ein solches Vorhaben befürworten würde, wenn Bagdad dem nicht zustimmt.

Weiterhin könnte die neue politische Bewegung „Goran“, was so viel bedeutet wie „Wandel“, die Position der PUK und KDP schwächen und zu neuen Auseinandersetzungen zwischen der Reformbewegung und den etablierten Parteien führen. Die politische Gruppierung wurde 2006 gegründet und konnte 2009 schon 25 von 111 Sitzen im Parlament von Erbil gewinnen und die PUK in Sulaimaniya schlagen. In Sulaimaniya könnten unter Beteiligung von Goran Nachfolgekongflikte ausbrechen, was die Gefahr birgt, dass die PUK gänzlich auseinanderfällt.¹⁰

KurdInnenpolitik im Iran

Seit über 35 Jahren kämpfen die KurdInnen im Iran für mehr Autonomie gegenüber der iranischen Regierung. In den letzten Jahren kam es dabei immer mehr zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Sicherheitskräften und der PEJAK, einer kurdischen militanten Organisation.

Die Gebiete im Iran, die überwiegend von der kurdischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen den Nordwesten des Landes, die Provinzen West-Aserbaidschan, Kurdistan und Kermanshah. Im Jahr 1514 wurde die Armee des Safawiden-Schahs Ismail in Chaldiran von der osmanischen Armee des Sultan Selim mit kurdischer Unterstützung geschlagen. Am 23. August 1514 wurde das kurdische Gebiet zwischen dem Iran und dem Osmanischen Reich das erste Mal geteilt. Nach der Schlacht von Chaldiran strebten die beiden Staaten nach einer Errichtung zentralistischer Staaten, womit sie bei den kurdischen Fürsten auf Widerstand stießen.

Eine der größten kurdischen Widerstandskämpfe brach 1880 aus. Der Aufstand, der von Sheikh Obeidullah angeführt wurde, war die erste Bewegung der KurdInnen, die auf die Einigung und Unabhängigkeit des gesamten kurdischen Gebietes hinzielte. Der Aufstand von Sheikh Obeidullah wurde durch türkische und persische Armeen niedergeschlagen. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches hatte einen verstärkten Kampf der KurdInnen in der Türkei um die Anerkennung ihrer nationalen Identität zur Folge. Der Führer Simko aus dem Stamm Shikak konnte zwischen 1920 und 1925 das Gebiet westlich des Urmiasees unter seine Kontrolle bringen. Simko sprach von einem unabhängigen Kurdistan und konnte einige Stämme vereinigen. Mit einer wachsenden Zahl von AnhängerInnen aus anderen Stämmen konnte er eine Truppe von 1500 Mann unter türkischer Flagge ins Feld führen, wodurch die Bedrohung iranischen Territoriums, insbesondere seine Zusammenarbeit mit den Kemalisten, verstärkt wurde. 1922 wurde Simko besiegt und 1930 schließlich von iranischen Truppen getötet.

Im Februar 1921 ergriff Reza Kahn in einem Staatsstreich im Iran die Macht und versuchte einen zentralistischen Staat zu etablieren. Im Jahre 1925 begründete Reza Schah die Pahlavi-Dynastie. Seine Politik zielte darauf ab, einen modernen, homogenen Staat zu errichten, womit auch gewaltsame Maßnahmen gegen die kurdischen Stämme einhergingen. Um seine Vorstellung von einem modernen und homogenen Nationalstaat zu realisieren, führte Reza Schah eine gewaltsame sprachliche und kulturelle Homogenisierung der gesamten iranischen Bevölkerung durch. Die ethnischen Minderheiten litten besonders unter seinem Bestreben, das persische Farsi als Amtssprache und einzige Sprache in der Bevölkerung durchzusetzen. Wenige Jahre später wurde an allen Schulen der Unterricht nur noch auf Persisch abgehalten und Publikationen in Sprachen ethnischer Minderheiten wurden untersagt.

Aufgrund des Widerstandes gegen das Schah-Regime gründete sich 1942 eine kurdische politische Organisation zur Wiedergeburt Kurdistans namens Komala. Komala war zudem die erste kurdische Organisation im Iran mit nationalistischem Charakter. Die Ziele der kurdischen Organisation waren die Bekämpfung der iranischen Regierung, bis diese der kurdischen Bevölkerung kulturelle Rechte zusicherte, die der Schah ihnen vorenthielt. 1944 forderten sie in einem Memorandum, die kurdische Sprache im Schulunterricht und in der lokalen Verwaltung

¹⁰ Steinberg, Guido (2011): Die neue Kurdenfrage. Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarstaaten. SWP-Studie.S.10-17.

verwenden zu dürfen. Ferner hatte Komala die Vorstellung eines Kurdistan, das über die Grenzen des Irans hinausging. Sie unterhielt Kontakte zu KurdInnen in den Nachbarstaaten und 1944 fand sogar ein Treffen auf dem Berg Dalanpur statt, bei dem sich kurdische AktivistInnen aus dem Iran, Irak und der Türkei über die umfassenden Gebiete eines Groß-Kurdistan absprachen.

Aufgrund der engen Beziehungen zwischen dem Iran und dem Nazi-Regime in Deutschland und der Invasion des nationalsozialistischen Regimes in die Sowjetunion 1941 wurden Teile des Irans von britischen und sowjetischen Truppen besetzt, was die Autorität des Schahs schwächte und der Sowjetunion größeren Einfluss auf die Teile des iranischen Gebiets brachte. Die Sowjets nahmen 1942 Kontakt mit kurdischen Stammesführern auf, um ihren Einfluss zu vergrößern und um Druck auf die iranische Regierung auszuüben, damit diese dem sowjetischen Vorschlag gemeinsamer Ölförderung zustimmte. Der Iran sah sich schließlich gezwungen, am 4. April 1946 ein Abkommen über die gemeinsame Ölförderung zu unterzeichnen.¹¹

Mit sowjetischer Unterstützung wurde 1945 die Komala in die „Demokratische Partei Kurdistan in Iran“ (DPKI) umgewandelt. Die sowjetische Vertretung in der Stadt Urmia half der DPKI bei der Erstellung des Programms. Die DPKI forderte dabei Autonomie innerhalb der iranischen Grenzen, Förderung von Landschaft und Bildung, sowie Kurdisch als Unterrichts- und Amtssprache. In Mahabad, einem unbesetzten Teil der kurdischen Siedlungsgebiete, wurde 1946 die „Republik Kurdistan“ ausgerufen, was hauptsächlich durch die DPKI erfolgte. Erfolge erzielte die kurzlebige Republik im kulturellen Bereich. So wurde Kurdisch zur Amts- und Unterrichtssprache und Lehrbücher und Zeitschriften wurden in kurdischer Sprache, durch die von den Sowjets bereitgestellte Druckerpresse, publiziert.

Die Republik von Mahabad konnte aber nur so lange bestehen, wie die Sowjetunion Einfluss auf dieses Gebiet nahm. Als die Sowjetunion ihre Truppen im Frühjahr 1946 aus dem Iran zurückzog, marschierten iranische Truppen in Mahabad ein und beseitigten die lokale Struktur der KurdInnen. Zudem wurden ihre Druckerpresse beschlagnahmt, der kurdische Schulunterricht eingestellt und alle Bücher in kurdischer Sprache verbrannt. Im Juni 1946 wurde das Gebiet wieder unter die Kontrolle der iranischen Regierung gebracht.¹²

Mit dem Amtsantritt Ayatollah Khomeinis nach der Revolution von 1979 spitzten sich Auseinandersetzungen zu. Es kam zum Konflikt zwischen kurdischen Kräften und der revolutionären Zentralregierung sowie zu ersten Zusammenstößen zwischen sunnitisch-kurdischen Milizen und schiitischen Truppen der Regierung.

Die Hoffnung auf Versöhnung kam erst mit dem Amtsantritt Khatamis 1997 auf, die sich im Nachhinein aber auch nicht erfüllt werden konnten. Khatami wurde am 23. Mai 1997 zum Staatspräsidenten des Irans gewählt; seine zweite Amtszeit endete im August 2005. Khatami baute seine Wahlkampagne auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gleichberechtigung auf, sodass er als erster Reformler im Iran galt.

Seit 2004 ist der Iran den Angriffen der „Partei für ein Freies Leben in Kurdistan“ (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, PJAK*) ausgesetzt, die ebenfalls wie die PKK von den Qandil-Bergen aus operiert.¹³

Die PJAK ist eine militante kurdische Untergrundorganisation im Iran mit Stützpunkten im Nordirak, die sich nach der amerikanisch geführten Invasion im Irak 2003 und der damit verbundenen Föderalisierung des Landes gründete. Die Aufwertung des Status der im Irak lebenden KurdInnen führte auch zur Stärkung des kurdischen Nationalsozialismus im Iran.

¹¹ Özdemir, A. Kadir (2006): Die Kurden – ein Volk in drei Nationen. Die Geschichte und Entwicklung des Kurdenkonflikts. Tectum Verlag. Marburg.

¹² Ebenda.

¹³ <http://vergessene-konflikte.de/index.php/vergessene-konflikte/item/117-iran-kurden/117-iran-kurden>

Das Ziel der PJAK besteht darin, die kurdische Identität zu stärken und der politischen wie sozioökonomischen Diskriminierung von KurdInnen entgegen zu wirken. Seit September 2011 hat sich die PJAK jedoch in den Nordirak zurückgezogen, nachdem es zu häufigen Auseinandersetzungen zwischen der PJAK und iranischen Sicherheitskräften mit zahlreichen Toten gekommen war. Aufgrund dessen wurde ein Abkommen zwischen der iranischen Regierung und der PJAK ausgehandelt, das den Gewaltstopp beider Seiten und den Rückzug der kurdischen Miliz im Iran vorsieht. Trotz der Vereinbarung des Waffenstillstands verkündete die iranische Armee im Juni 2014, sie hätte zwei „Terroristen“ der PJAK getötet. Dennoch konnte die PJAK durch die Gründung der „Organisation für eine Freie und Demokratische Gesellschaft für Rojhelat“ (KODAR) zu einem Dialog mit Teheran über eine autonome, lokale Selbstverwaltung aufrufen. Der Strategiewechsel und die Formierung der KODAR könnten dabei einen gewaltfreien Lösungsweg mit diplomatischen Mitteln andeuten.¹⁴

KurdInnenpolitik in Syrien

Die KurdInnen machen etwa 15% der Gesamtbevölkerung Syriens aus und stellen die größte ethnische Minderheit des Landes dar. Sie leben hauptsächlich nordwestlich von Aleppo und der Region Kobani sowie in der Provinz Djajira. Die Unterdrückung der KurdInnen in Syrien reicht weit in die Geschichte zurück, aber insbesondere mit der Machtübernahme der Baath-Partei 1962 werden sie in Syrien systematisch unterdrückt. Die KurdInnen sind von Diskriminierungen betroffen, wie von wirtschaftlichen Benachteiligung, Arabisierung und von aufenthaltsrechtlichen Schikanen. Durch Arabisierungsmechanismen wurden zum Beispiel kurdische Ortsnamen ins Arabische übersetzt oder Kinder mit kurdischen Namen nicht amtlich registriert. Hinsichtlich des Aufenthaltsrecht haben KurdInnen, denen die Staatsbürgerschaft verwehrt wird und als „Ausländer“ erfasst sind, keine staatsbürgerlichen Rechte, dürfen nicht wählen und haben keinen Anspruch auf eine kostenlose medizinische Versorgung.¹⁵

Mit den arabischen Aufständen 2011 („Arabellion“) erhofften die syrischen KurdInnen, mehr Rechte für das Praktizieren ihrer Tradition, Kultur und Sprache erlangen zu können. Bereits 2004 hatten sie in der Stadt Qamishli gegen die Diskriminierung protestiert, jedoch wurden ihre Proteste vom Assad-Regime blutig niedergeschlagen. Nachdem der Führer der Kurdischen Zukunftsbewegung, Mashaal Tamo, im Oktober 2011 ermordet wurde, häuften sich die Proteste, die im März 2011 begonnen hatten, auch im kurdischen Teil Syriens. Parallel zum Syrischen Nationalrat (SNC) gründete sich der kurdische Nationalrat (KNCS). Der kurdische Nationalrat strebt nach dem Sturz des syrischen Regimes, er fordert Religions- und Glaubensfreiheit und Selbstverwaltung für die kurdischen Gebiete im Norden Syriens.

Die Partei der Demokratischen Union (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD) in Syrien ist eine Schwesterpartei der PKK. Die PYD betrachtet Abdullah Öcalan, den Führer der PKK, auch als ihren an und sie vertreten die Ideologie eines demokratischen Konföderalismus, die auch der politischen Vorstellung der PKK entspricht. Die PYD kämpft um Autonomie, Machterhalt und um ein autonomes Westkurdistan.

Das syrische Regime förderte die Meinungsverschiedenheit zwischen den kurdischen Gruppierungen und der syrischen Opposition sowie innerhalb der kurdischen Bevölkerung, und ließ nach Aufbruch der Proteste Demonstrationen in den KurdInnengebieten zu, sodass die PYD immer mehr Einfluss ausüben konnte. Dem syrischen Regime kommt dies insofern zugute, da die kurdischen Volksverteidigungskräfte (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) gegen sunnitische IslamistInnen kämpfen, und es somit nicht militärisch eingreifen muss und seine militärischen Kräfte für die Bekämpfung des arabischen Aufstandes in den anderen syrischen Kriegsgebieten

¹⁴ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-und-der-kurden-konflikt-die-gesichter-kurdistan/12123358.html>

¹⁵ M. Strohmeier, (2000): Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H. Beck. München. S. 165.

nutzen kann. Die Rolle der Türkei ist auch in diesem Zusammenhang von Relevanz. Die Türkei möchte auf keinen Fall zulassen, dass die PYD auf syrischem Boden nahe der türkischen Grenze die Herrschaft erlangt, weshalb sie die syrische Opposition unterstützt, um so neue Konflikte zu provozieren.

Nach der Entführung einer weiblichen Patrouille der YPG durch Islamisten brachen im Juli 2013 heftige Kämpfe zwischen der YPG und der islamistischen Al-Nusra-Front aus, an deren Seite einzelne Verbände der Freien Syrischen Armee sowie der Al-Qaida-Ableger Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) kämpften. Die Kämpfe forderten viele Opfer seitens der kurdischen Bevölkerung.

Seit 2012 gibt es Bemühungen um eine Einigung der kurdischen Parteien. Im Juli 2012 schlossen der KNCS und der von der PYD gegründete Volksrat ein Abkommen über eine zukünftige Kooperation. Im Anschluss wurde unter Vermittlung Masud Barzanis, dem Präsidenten von Irakisch-Kurdistan, ein zehnköpfiges Gremium, das „Hohe Kurdische Komitee“ (*Desteya Bilind a Kurd*, DBK) gegründet. Ob die kurdische Bevölkerung ihre Kultur, Tradition und Sprache je legal ausüben dürfen, liegt an der Zukunft Syriens.¹⁶

Für die syrisch-kurdischen PYD-AnhängerInnen hat sich in den vergangenen Jahren einiges zum Positiven entwickelt. Erst mit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges hat das Assad-Regime der kurdischen Bevölkerung staatsbürgerliche Rechte verliehen und die syrische Armee vollständig aus den syrischen KurdInnengebieten zurückgezogen, sodass die YPG und die PYD eigenständig über die Gebiete bestimmen konnten. Mit dem Beginn des syrischen Aufstands wurde außerdem in Nordsyrien eine Selbstverwaltung etabliert. Die drei Kantone Efrin, Kobane und Cizire, die zusammen den Teilstaat Rojava bilden, haben sich 2014 zusammengetan und sich eine neue Verfassung gegeben, die einen „demokratischen Konföderalismus“ anstrebt. In der verabschiedeten Verfassung heißt es dazu: „*Die Kantone der demokratisch-autonomen Verwaltung akzeptieren weder das nationalstaatliche, militaristische und religiöse Staatsverständnis, noch akzeptieren sie die Zentralverwaltung oder Zentralmacht [...] Sie erkennen die Grenzen Syriens.*“¹⁷ Die Armee Rojavas, die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), ist ein Militärbündnis unter anderem aus den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), der sunnitisch-arabischen Armee der Revolutionäre (*Dschaisch ath-Thuwwa*), der sunnitisch-arabischen Schammar-Stammesmiliz Quwat as-Sanadid und dem assyrisch-aramäischen Militärrat der Suryoye (MFS). Das Bündnis ist im Kampf gegen den Islamischen Staat und gegen alle anderen radikalen Islamistengruppen beteiligt, und konnte bisher bereits 20.000 km² erfolgreich zurückerobern. Die SDF, in denen KurdInnen, ChristInnen und AraberInnen kämpfen, wird von den USA unterstützt. Im Vergleich zum restlichen Syrien muss das politische System in Rojava als Erfolg gesehen werden und wächst nach dem unabhängigen Irakisch-Kurdistan im Nordirak zum zweiten KurdInnenstaat heran.¹⁸

Die KurdInnenpolitik der Türkei

Der türkisch-kurdische Konflikt muss im Zusammenhang mit der Politik der Nachbarstaaten Iran, Irak und Syrien gesehen werden. Seit der Entstehung der kurdischen Autonomiezone im Nordirak 1991 versucht Ankara eine ähnliche Entwicklung in der Türkei zu verhindern, indem sie gegen das Aufkommen einer kurdischen Identität vorgeht und der kurdischen Bevölkerung mit einer ausnahmslosen Politik der Repression begegnet. Die wichtigsten Streitthemen umfassen dabei die Präsenz der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) und die Zukunft Kirkuks.

¹⁶ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2013/Syrien-Memorandum__September_2013__Niklas_Freund.pdf

¹⁷ <http://www.bpb.de/apuz/221174/die-kurdenfrage-in-der-tuerkei-und-der-krieg-in-syrien?p=all>

¹⁸ <http://www.welt.de/politik/ausland/article153395144/Syriens-Kurden-wollen-eigene-Regierung.html>

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges¹⁹ teilten wie oben schon erwähnt die Siegermächte England und Frankreich das osmanische Reich nach ihren Interessen auf. KurdInnen und ArmenierInnen sollten nach Artikel 62, 63 und 64 eigene Staaten gründen können. Unter Mustafa Kemal Atatürk wurde der nationale militärische Widerstand organisiert, den auch die KurdInnen unterstützten, da man ihnen Gleichberechtigung versprach. Dadurch wurden die Alliierten im Jahr 1923 dazu gezwungen, im Friedensvertrag von Lausanne die Unabhängigkeit und Souveränität der Türkei als Nationalstaat anzuerkennen.²⁰ Nach Lausanne wurden allerdings alle Versprechen von Gleichberechtigung gegenüber den KurdInnen gebrochen. Aus einer Nation mit vielen Völkern sollte nur ein türkisches Volk werden, das sich als türkische Nation identifizieren sollte. Folglich wurden alle ethnischen Minderheiten zwangsassimiliert und unterdrückt. 1924 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Vereinheitlichung des Schulwesens, wonach die kurdischen Schulen als gesetzeswidrig galten und geschlossen wurden. Die KurdInnenpolitik wurde in einem Gesetz vom 24. September 1925 festgelegt, welches beinhaltet: *„Die beiden Völker können und dürfen nicht gleichberechtigt zusammenleben. Deswegen müssen die Kurden assimiliert und Kurdisch muss verboten werden. Die Kurden müssen in den Westen zwangsdeportiert und Türken im Osten an ihrer Stelle angesiedelt werden. Der Osten muss durch einen mit weiten Vollmachten ausgestatteten Generalgouverneur, wie in den Kolonien regiert werden. Alle in wichtigen Positionen stehenden Beamten müssen Türken sein und aus dem Westen stammen.“*²¹ Daraus resultierten zahlreiche kurdische Aufstände von 1925 bis 1938, die alle gewalttätig niedergeschlagen wurden.

Bis 1945 regierte die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) unter Alleinherrschaft in der Türkei und ließ keinen politischen Wettbewerb zu. Durch den freiwilligen Verzicht auf das Machtmonopol 1946 wurde der Übergang zum Mehrparteiensystem eingeleitet. Daraufhin bildeten sich oppositionelle Parteien wie die Demokratische Partei (*Demokrat Partisi*, DP), der sich insbesondere konservative Stammesführer, Großgrundbesitzer und Scheichs anschlossen, um säkulare Reformen zurückzudrängen und den Fokus auf die Religion zu richten. In den fünfziger Jahren gab es einige Verbesserungen und Erleichterungen für die kurdische Bevölkerung. So wurden die militärischen Kontrollen eingeschränkt, kurdische Familien, die in den dreißiger Jahren in den Westen der Türkei umgesiedelt waren, konnten nun in ihre Heimat zurückkehren und der Ausbau der Infrastruktur in den kurdischen Gebieten wurde gefördert.

Am 27. Mai 1960 putschte das türkische Militär. Ausschlaggebender Grund für den Putsch war, dass die Partei DP durch die kurdischen Stammesführer einem Regionalismus Vorschub geleistet habe²². Nach der neuen Verfassung von 1961 entwickelte sich ein neues liberales Klima und es kristallisierte sich eine neue linke Bewegung heraus. In diesem Zuge folgte die Gründung der Türkischen Arbeiterpartei (*Türkiye İşçi Partisi*, TIP), in der sich Gruppierungen herausbildeten, welche kurdische Anliegen vertraten. Mitte der sechziger Jahre wurden Forderungen laut nach mehr Schulen, wirtschaftlicher Entwicklung und Beendigung der Repression durch die

¹⁹ Während des ersten Weltkriegs kam es in der Türkei zum Völkermord an der armenischen und assyrischen Minderheit: „Nach den osmanischen Niederlagen an der Kaukasusfront gegen Russland wandten sich osmanische Regierung, Armee sowie türkische und kurdische Milizen gegen die armenischen und andere christliche Bewohner in ihrem Reich, da diese als Verbündete und Unterstützer des christlich-orthodoxen Zarenreiches betrachtet wurden. Verlässliche Opferzahlen existieren nicht. Die Zahlenangaben zu den assyrisch-aramäischen Opfern schwanken ähnlich wie beim Armenier-Genozid stark und reichen von 100.000 bis 250.000.“

(https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_mord_an_den_syrischen_Christen)

²⁰ Der Vertrag von Lausanne ist vor allem durch den beschönigend als „Bevölkerungsaustausch“ bezeichnete Vertreibung von Griechen aus der Türkei und Türken aus Griechenland bekannt. Etwa 1,2 Millionen anatolische Griechen und 400.000 Muslime in Griechenland wurden zwangsweise umgesiedelt.

²¹ Deng Nr. 21, 22, 23. Zit. Nach Sahin, Mehmet: Türkei: Ausweg aus der Sackgasse – Zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage, HG: Dialogkreis Köln 1997

²² M. Strohmeier, (2000): Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H. Beck. München. S.103

Regierung. Hierfür fanden Versammlungen statt unter der Mitorganisation der TIP. Zudem vereinigten sich kurdische Intellektuelle und Studierende in den „Revolutionären Ost-Kulturklubs“ DDKO, die sich gegen die chauvinistische Grundhaltung des Staates richtete und für die Gleichberechtigung aller Völker in der Türkei eintrat. Nach einem erneuten Militärputsch von 1971 wurden die Kulturklubs geschlossen, politische Aktivitäten wurden eingeschränkt und bewaffnete Gruppen aufgelöst.

Mitte der siebziger Jahre fanden mehrere Regierungswechsel statt, da keine Partei in der Lage war, allein eine Regierung zu bilden. Diese Zeit in der Türkei war geprägt von fehlender politischer Stabilität, ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Problemen sowie von Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsradikalen Gruppen. 1978 wurde die PKK gegründet. Sie verfolgt die Ideologie der marxistisch-leninistischen Prinzipien. Ihrer Auffassung zufolge ist „[...] Kurdistan eine Kolonie der Türkei, die nur durch eine ‚nationaldemokratische‘ Revolution unter Führung des Proletariats und mit den armen Bauern, Kleinbürgern und patriotisch gesinnten Intellektuellen zu befreien sei.“²³

Der dritte Militärputsch von 1980 beendete schließlich die Kämpfe zwischen linken und rechten Gruppierungen. Daraufhin wurden Parteien und Vereine verboten, politische Freiheiten beschränkt und Oppositionelle verhaftet. Mit der neuen Verfassung von 1982 ging die Gründung neuer Parteien einher. Vor allem die kurdische Arbeiterpartei PKK wurde wieder relativ schnell aktiv.

Am 15. August 1984 griff die PKK zwei türkische Militärposten in Eruh und Semdinli an und brachte die Dörfer zeitweise unter ihre Kontrolle. Hiermit wurde der Grundstein für den bis heute andauernden bewaffneten Kampf der PKK gelegt. Das Hauptquartier der PKK liegt außerhalb der Türkei im Qandil-Gebirge, etwa 100 km südlich der türkischen und 30 km westlich der iranischen Grenze.

Am 20. März 1993 verkündete Abdullah Öcalan, der Anführer der PKK, den ersten einseitigen Waffenstillstand der PKK. Dieser hielt allerdings nur für kurze Zeit, da das türkische Militär das Angebot ignorierte. Am 1. September 1998 rief Öcalan erneut einen einseitigen Waffenstillstand aus, was von der Türkei mit der Forderung nach der Auslieferung Öcalans aus Syrien beantwortet wurde. Öcalan, der Syrien hatte verlassen müssen, wurde im Februar 1999 nach einer mehrmonatigen Odyssee durch afrikanische und europäische Länder in Kenia festgenommen und in die Türkei gebracht. Dort wurde er 1999 Türkei wegen Hochverrats, Bildung einer terroristischen Vereinigung, Sprengstoffanschlägen, Raub und Mord zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde auf Druck der europäischen Staaten nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in eine lebenslange Isolationshaftstrafe umgewandelt. Die türkische Armee setzte ihre Angriffe auf die PKK weiterhin fort, sodass die PKK den Waffenstillstand am 1. Juni 2004 wieder aufkündigte und die Spannungen weiter zunahmen. Seitdem ist der militärische Konflikt erneut eskaliert. Von Seiten der türkischen Armee gab es verdeckte Anschläge gegen ZivilistInnen, PKK-AnhängerInnen führten Sprengstoffanschläge in verschiedenen Gebieten aus und letztendlich zog die türkische Armee an die Grenze zum Nordirak, um kurdische Dörfer anzugreifen, in denen sie PKK-AnhängerInnen vermutete.

Mit der Machtübernahme der AKP-Regierung 2002 (Adalet ve Kalkınma Partisi - Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) wurden den ethnischen Minderheiten, insbesondere den KurdInnen, begrenzte Individualrechte eingeräumt. So verkündete die Regierung 2009 die sogenannte „kurdische Initiative“, die den KurdInnen mehr kulturelle Rechte einräumte, wie z.B. die Zulassung von privaten Fernseh- und Rundfunksendungen und Sprachkursen in kurdischer

²³ Stein, Gottfried (1994): Endkampf um Kurdistan? Die PKK, die Türkei und Deutschland. Mvg-Verlag. München. S. 20.

Sprache oder die Erlaubnis für kurdische Namensgebung.²⁴ Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Initiative bildete sich heftiger Widerstand der kemalistischen Opposition gegen diese Zugeständnisse gegenüber den KurdInnen, sodass die Regierung nach weiteren innenpolitischen Auseinandersetzungen die Initiative für nichtig erklären musste.

Die Regierung unter Führung der AKP nahm 2012 erstmals Friedensgespräche mit der PKK auf, die zu dem Abkommen von Dolmabahce führten, einem 10-Punkte Plan, der am 28.2.2015 vereinbart wurde. Doch der Friedensprozess kam wenige Monate später angesichts der Wahlerfolge der pro-kurdischen HDP bei den Parlamentswahlen 2015 und den militärischen Erfolgen der kurdischen PYD in Syrien zum Erliegen und der Bürgerkrieg begann erneut. (Siehe hierzu den Artikel von Hulya Ucpinar und Andreas Speck auf dieser Website.)

Seit Ende Juli 2015 bombardiert die türkische Armee Stellungen der PKK im Nordirak und nimmt mit Spezialeinheiten und Scharfschützen den Osten der Türkei unter Beschuss, wo die Unterstützung für die PKK und die HDP groß ist. An der Eskalation in der Osttürkei trägt allerdings auch die PKK Mitverantwortung: Sie beendete ihre Strategie, nur in den Bergen gegen das türkische Militär zu kämpfen, und trug den Krieg in die Städte.

Inzwischen hat eine Reihe von Terroranschlägen die Lage verschlechtert. Am 26.07.2015 sind bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi im Südosten der Türkei zwei Soldaten getötet worden. „Die türkischen Streitkräfte machten in einer Mitteilung am Sonntag die verbotene Arbeiterpartei PKK für das Attentat in der Provinz Diyarbakir verantwortlich.“²⁵ Am 17. Februar 2016 detonierte in Ankara eine Autobombe. Auch hier soll nach Angaben der türkischen Regierung die Arbeiterpartei PKK dahinterstecken: „Das Attentat sei von der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der syrischen Kurdenorganisation PYD verübt worden, erklärte der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu. Bei dem Attentäter habe es sich um einen 1992 in Syrien geborenen YPG-Kämpfer gehandelt, sagte er.“²⁶ Der letzte Sprengstoffanschlag in Ankara am 13. März 2016 soll ebenfalls von der PKK-Splittergruppe der TAK verübt worden sein: "Am Abend des 13. März um 18.45 Uhr wurde in den Straßen der Hauptstadt der faschistischen türkischen Republik ein Selbstmordattentat ausgeführt", erklärten die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) auf ihrer Internetseite. "Wir bekennen uns zu dieser Attacke", hieß es in dem Schreiben weiter.²⁷

Weiterhin verhängt die Türkei immer wieder Ausgangssperren in Gebieten, in denen sich die türkische Armee und die PKK bekämpfen. In den Städten Diyarbakir, Cizre und Silopi wurden Ende letzten Jahres Ausgangssperren verhängt. In Diyarbakir ist ein Teil der Altstadt noch immer abgesperrt, während die Ausgangssperre in Cizre und Silopi nur noch nachts gilt. Erneute Ausgangssperren betreffen die Städte Nusayabin an der syrischen Grenze und Yüksekova, in denen der Außenminister Elfan Ala neue Militäreinsätze gegen die PKK angekündigt hatte.

Bei den Kämpfen sollen nach Armeeangaben in Cizre, Sur und Silopi mehr als 850 PKK-Kämpfer und mindestens 277 Menschen, die nicht als Kämpfer identifiziert wurden, getötet worden sein.²⁸ Menschenrechtsorganisationen in der Türkei sprechen von mindestens 338 ZivilistInnen, die getötet worden, mehr als 400.000 ZivilistInnen mussten aus ihren Heimatorten fliehen. 100.000 haben ihre Häuser und Wohnungen verloren, weil diese zerstört sind.

²⁴ <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221632/der-regionale-aufstieg-der-kurden-wie-reagiert-die-tuerkei>

²⁵ http://www.focus.de/politik/ausland/konflikte-tuerkische-armee-zwei-soldaten-durch-pkk-bombe-getoetet_id_4839696.html

²⁶ <http://www.n-tv.de/politik/Davutoglu-beschuldigt-die-PKK-article17025671.html>

²⁷ <http://www.welt.de/politik/ausland/article153378729/PKK-Splittergruppe-TAK-bekannt-sich-zu-Anschlag-in-Ankara.html>

²⁸ <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2016/02/523653/tuerkei-verhaengt-neue-ausgangssperre-in-kurdengebieten/>

Fazit

Die Konflikte zwischen kurdischen Minderheiten und den jeweiligen nationalstaatlichen Regierungen sind immer noch allpräsent. Insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und der PKK – sowie ihrer Schwesterpartei der PYD – rücken in das Zentrum der Internationalen Aufmerksamkeit der KurdInnenfrage. Die Türkei befürchtet angesichts des Autonomiestrebens der PYD in Syrien einen regionalen Dominoeffekt, der sich auch auf die kurdische Region in der Türkei auswirken könnte, weshalb sie mit militärischen Angriffen auf Nordsyrien reagiert.

Auch wenn die kurdische Bevölkerung ihr angestrebtes Ziel eines unabhängigen und souveränen Kurdistan nicht erreicht hat, so hat sie trotz allem im Norden Iraks und Syriens ein autonomes Selbstverwaltungsgebiet etablieren und ihre Minderheitenrechte ausbauen können. Die Frage bleibt offen, ob Erdogan bereit sein wird, weitere Friedensverhandlungen mit der PKK aufzunehmen und ob die PYD die Vormachtstellung in Rojava beibehält und den islamistischen Angriffen standhält.

Angela Maria Vasiljevic studiert in Würzburg Political and Social Studies im 5. Semester. Das vorliegende Papier ist im Rahmen ihres Praktikums beim Bund für Soziale Verteidigung entstanden.

Der Text wurde an einigen Stellen leicht bearbeitet und ergänzt von Christine Schweitzer.

Der Text wurde fertiggestellt Anfang Mai 2016.